



Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln am 01.04.2025.

Sitzungsort: im Bürgerzentrum Schulze Frenking, Schulze Frenkings Hof 40, 48301 Nottuln
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:07 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Dr. Dietmar Thönnies

Ratsmitglieder

Wolfgang Danziger	SPD
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die Grünen
Manfred Gausebeck	SPD
Stephan Gerlach	Bündnis 90/Die Grünen
Martin Gesmann	CDU
Norbert Gosekuhl	CDU
Margarete Große Wiesmann	CDU
Thomas Höcker	UBG
Peter Holtrup	SPD
Sandra Johann	Bündnis 90/Die Grünen
Brigitte Kleinschmidt	parteilos
Paul Leufke	CDU
Dirk Mannwald	CDU
Richard Mannwald	Bündnis 90/Die Grünen
Heinz Mentrup	CDU

Dr. Andrea Quadt-Hallmann	CDU
Hartmut Rulle	CDU
Arnd Rutenbeck	CDU
Dr. Matthias Schiewerling	CDU
Dr. Matthias Schliermann	Bündnis 90/Die Grünen
Martin Seifert	CDU
Heinz Siehoff	SPD
Susanne Strätker	CDU
Regina Theopold	CDU
Marco Upmann	CDU
Jan Van de Vyle	UBG
Helmut Walter	FDP

Von der Verwaltung

Dominik Bomholt
Patrick Hartz
Stefan Kohaus

Als Gast

Victoria Luh, Hertie-Stiftung

Schriftführung

Anne Plaß
Elke Schulz

In der heutigen Sitzung des Rates der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2

Mitteilungen

Der Bürgermeister weist auf die Installierung der neuen Mikrofon-Anlage hin, dessen Bedienung und Handhabung von Herrn Bomholt erläutert wird. Der Bürgermeister informiert, dass die Sitzung probeweise für die Protokollierung, auch unter Einsatz der Künstlichen Intelligenz, mitgeschnitten werde. Dieser Audio-Aufzeichnung stimmt das Gremium einstimmig zu.

Herr Kohaus informiert über die Lage der OGS-Betreuung an den Grundschulen, die mit einer Ausnahme als unauffällig zu bewerten sei. Die Ausnahme stelle die Astrid-Lindgren-Schule dar, die bereits im laufenden Schuljahr auf 117 Schüler für die Kindbetreuung erweitert worden sei. Für das kommende Schuljahr lägen die Anmeldungen bereits bei 133 Kindern. Ablehnungen seien unter Berücksichtigung sozialer Aspekte notwendig. Die Eltern werden informiert, um die erforderlichen Daten abzufragen.

Der Bürgermeister verliest die aktuellen Anträge und weist auf die ergänzende Bürgeranregung zum TOP 9.3 (Tischvorlage) hin.

3 Bestellung Schriftführung
Vorlage: 001/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Zur Schriftführerin für die Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses, des Rates sowie des Rechnungsprüfungsausschusses wird die Verwaltungsmitarbeiterin Anne Plaß bestimmt. Zu stellvertretenden Schriftführerinnen für v. g. Gremien werden die Verwaltungsmitarbeiterinnen Elke Schulz und Heike Uhlenbrock bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4 Jugend entscheidet

4.1 Anregung gemäß § 24 GO NW – Treffpunkt für Jugendliche
Vorlage: 021/2025

Der Bürgermeister begrüßt Frau Luh von der Hertie-Stiftung und die Jugendlichen im Zuschauerraum, die in Arbeitsgruppen und Workshops im Rahmen des Projektes „Jugend entscheidet“ fünf Vorhaben geplant und ausgestaltet haben. Eine Umsetzung dieser Vorhaben soll nunmehr in einem weiteren Schritt erfolgen. Er bedankt sich für die Betreuung und Unterstützung der Gruppen in der Hoffnung einer Verfestigung für künftige Projekte. Durch die Beteiligung der Jugendlichen könne Politik erlebbar ausgerichtet werden. Nach der Begrüßung gibt der Bürgermeister das Wort an Frau Luh.

Victoria Luh richtet sich an die Mitglieder des Gemeinderates sowie an die Teilnehmenden von "Jugend entscheidet" und betont die zentrale Bedeutung der Demokratie, die vom Mitmachen, Ideen und Engagement lebe. Sie unterstreicht die Wichtigkeit der Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen, da deren Entscheidungen die Zukunft der Jugendlichen mitgestalten. "Jugend entscheidet" hat das Ziel, Jugendlichen politische Prozesse näherzubringen, um ihnen damit Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebenswelt zu ermöglichen. Sie lobt das Engagement der Gemeinde Nottuln sowie die Unterstützung durch die gemeinnützige Hertie-Stiftung. Des Weiteren wünscht sie allen Beteiligten ein gutes Gelingen für die fünf zur Entscheidung stehenden Projekte.

Eine Aussprache zu der Anschaffung eines Containers erfolgt nicht.

Beschluss:

Durch die Gemeinde soll ein Container erworben werden, der von Jugendlichen im Rahmen einer selbstorganisierten Jugendarbeit genutzt und bewirtschaftet wird. Hierbei soll vor allem berücksichtigt werden, dass sowohl die Anschaffung eines gebrauchten (oder neuen) Containers, als auch die Festlegung eines geeigneten Standortes in enger Abstimmung zwischen Verwaltung und den Jugendlichen erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

4.2	Bürgerantrag vom 12.2.2025 zur Einführung von Projektwochen zum Thema Klimaschutz an Schulen
	Vorlage: 035/2025

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Nottulner Schulen werden gebeten, in ihren Gremien mit der Projektgruppe die Einführung von Aktionen (oder einem Projekttag oder einer Projektwoche) zum Thema Klimaschutz zu beraten.

Die Gemeindeverwaltung wird gebeten, mit der Projektgruppe zu prüfen, ob eine Aktion für Kinder und Jugendliche zum Klimaschutz geplant werden kann.

Die Politik wird die Umsetzung auch finanziell unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**4.3 Finanzierungshilfe für Nistkästen und Insektenhotels – Bürgerantrag
Vorlage: 032/2025**

Diskussionsbeiträge liegen nicht vor.

Beschluss:

Eine Finanzierungshilfe für die Nistkästen und Insektenhotels wird in Höhe von 1.000,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**4.4 Finanzierungshilfe für die Bepflanzung von Grünstreifen an Straßen –
Bürgerantrag
Vorlage: 033/2025**

Rückmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Beschluss:

Eine Finanzierungshilfe für die Bepflanzung von Grünstreifen an Straßen wird in Höhe von 5.000,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**4.5 Anregung gemäß § 24 GO NW- Skateanlage in Nottuln
Vorlage: 034/2025**

Eine Beratung erfolgt nicht.

Beschluss:

Durch die Gemeinde Nottuln wird ein Skatepark/eine Skateanlage errichtet, die sowohl eine Plattform für Sport und Freizeit als auch ein Treffpunkt für Jugendliche werden soll. Der Skatepark/die Skateanlage wird auf der gemeindeeigenen Grünfläche hinter dem Kinderspielplatz an der Kolpingstraße gebaut.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5 Angelegenheiten des Rates und seiner Ausschüsse

**5.1 Umbesetzung von Ausschüssen - Antrag der UBG-Fraktion
Vorlage: 011/2025**

Herr Kohaus erläutert, dass Anträge zur Umbesetzung von Ausschüssen wegen der Mehrheitsverhältnisse nur mit dem einstimmigen Beschluss des Rates umgesetzt werden können. Er weist darauf hin, dass bei fehlender Einstimmigkeit die Möglichkeit bestehe, die Ausschüsse aufzulösen und dann neu zu bilden. Dies bedarf jedoch der Mehrheit im Rat, verbunden mit einer weiteren Antragstellung.

Der Bürgermeister erteilt Ratsfrau Kleinschmidt das Wort, die ihre Entscheidung gegen den UBG-Antrag begründet.

Beschluss:

Herr Thomas Höcker wird anstelle von Frau Brigitte Kleinschmidt Mitglied im Betriebsausschuss.

Herr Jan Van de Vyle wird anstelle von Frau Brigitte Kleinschmidt Mitglied im Ausschuss Bildung und Soziales.

Frau Brigitte Kleinschmidt ist nicht mehr stellvertretendes Ausschussmitglied in den Ausschüssen Umwelt und Mobilität, Planen und Bauen sowie Kultur, Sport und Ehrenamt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 20 Nein 1 Enthaltung 7

mehrheitlich angenommen

Herr Kohaus unterstreicht, dass die erforderliche Mehrheit für die Umbesetzung der Ausschüsse nicht zustande gekommen und somit abgelehnt sei. Für die Besetzung von Ausschüssen seien einstimmige Beschlüsse der Ratsmitglieder erforderlich.

5.2 Bestellung eines stellvertretenden sachkundigen Bürgers

Vorlage: 045/2025

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Herr Heiner Dallmann wird als stellvertretender sachkundiger Bürger für folgende Ausschüsse bestellt:

- Planen und Bauen
- Kunst, Kultur, Sport und Ehrenamt
- Bildung und Soziales
- Betriebsausschuss

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

5.3 Einführung einer Bürgerfragestunde

Vorlage: 039/2025

Ratsherr Danziger wirbt für die Einführung einer Bürgerfragestunde. Er kritisiert, dass sich die Bürger aktuell nicht zeitnah an den politischen Prozessen mit Fragen an die Ratsmitglieder oder an die Verwaltung beteiligen könnten. Die Dauer der Fragestunde könne flexibel gehandhabt werden. Ratsherr Rutenbeck zeigt sich von diesem Antrag überrascht und bewertet diesen als sinnfrei. Über die rechtliche Definition „Bürger“ leitet er ab, dass damit Jugendliche und ausländische Bürger ausgeschlossen seien. Des Weiteren weist er darauf hin, dass durch die Geschäftsordnung des Rates ein intensiver Austausch während einer Sitzung nicht möglich sei. Ein echter Austausch könne vor den Ratssitzungen mit den bestehenden Formaten erfolgen. Die Frage- und Antwortrunde sei nicht der richtige Weg. Ratsherr Gausebeck schlägt das Testen einer ca. 30-minütigen Fragestunde zu Beginn einer Sitzung bis zu den Neuwahlen vor. Somit werden für die Bürger mehr Möglichkeiten einer Beteiligung geboten. Ratsherr Walter lehnt den Antrag ab, da frühere Erfahrungen mit einer Bürgerfragestunde für alle unbefriedigend waren und die regulären Sitzungen behinderten. Der Bürgermeister hebt die Wichtigkeit der Bürgerbeteiligung hervor, die in diversen Formaten auch umgesetzt werde. Aufgrund der bereits bestehenden Formate und der Erfahrungen der Vergangenheit lehnt Ratsfrau Dr. Diekmann den Antrag ab. Zudem seien in einer Ratssitzung Fragen zu den Tagesordnungspunkten nicht zulässig, die mit Frusterlebnissen bei den Bürgern einhergehen könnten. Ratsherr Danziger schlägt die begriffliche Änderung des SPD-Antrags vor, indem der Begriff „Bürger“ durch das Wort „Einwohner“ ersetzt werde. Eine Ausschließung von Bürgern sei nicht beabsichtigt. Trotz der schlechten Erfahrung mit der Fragestunde in der Vergangenheit sollte sich die Verwaltung öffnen, um der Bürgerschaft in den Sitzungen die Möglichkeit von Fragestellungen zu den Tagesordnungspunkten zu geben. Ratsherr Rutenbeck bekräftigt, dass in der Geschäftsordnung für den Rat (§ 18) das Fragerecht für Einwohnerinnen und Einwohner geregelt sei. Demnach können nur Anfragen gestellt werden. Für einen intensiven Meinungsaustausch gebe es andere Formate, so Ratsherr Rutenbeck. Ratsherr Rulle weist auf die Veranstaltung „Politik vor Ort“ hin. Durch die Abwesenheit der SPD sei die Förderung der Bürgerbeteiligung nicht möglich. Ratsherr Gausebeck entgegnet, dass die SPD regelmäßig bei Veranstaltungen vertreten sei. Durch das Projekt „Jugend entscheidet“ werden die Jugendlichen in politische Prozesse eingebunden. Dieses Recht müsse allen Einwohner: innen zugestanden werden. Es sei schließlich nicht verboten, ein Rederecht zu erteilen. Der Bürgermeister betont, dass dieser Sachverhalt zur Fragestunde nunmehr intensiv besprochen worden sei. Der Bürgermeister leitet die Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ein.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Nottuln beschließt die Einführung einer Bürgerfragestunde als generellen Tagesordnungspunkt in den Ratssitzungen unserer Gemeinde

Abstimmungsergebnis:

Ja 6 Nein 21 Enthaltung 1

mehrheitlich abgelehnt

6	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen auf dem Gebiet der Gemeinde Nottuln Vorlage: 044/2025
----------	---

Ratsherr Van de Vyle fragt, ob zu dem Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen auch die Stellungnahmen der Kirchen vorliegen. Herr Kohaus bestätigt, dass alle eingegangenen Antworten der Sitzungsvorlage beigefügt worden seien. Ratsherr Walter verweist auf die Praxis in den Niederlanden, wo an jedem letzten Sonntag im Monat die Geschäfte geöffnet seien. Er würde sich wünschen, dass diese Praxis auch in Nottuln möglich sei.

Beschluss:

Die als Anlage zu dieser Vorlage als Anlage 1 beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen auf dem Gebiet der Gemeinde Nottuln wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

7 Angelegenheiten des Ausschusses für Planen und Bauen

**7.1 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 97 „Windkraftanlagen“, Hier:
Satzungsbeschluss
Vorlage: 015/2025**

Eine Beratung erfolgt nicht.

Beschluss:

1. Der Abwägung der zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 97 „Windkraftanlagen“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.
2. Die vorliegende Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 97 „Windkraftanlagen“ (siehe Anlage 2) sowie die zugehörige Begründung inkl. Umweltbericht (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 25 Nein 3 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

**7.2 Eigenleistung von Vereinen
Vorlage: 019/2025**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Bei Baumaßnahmen werden mit den Vereinen unter Hinzuziehung der vorliegenden Checkliste individuelle Vereinbarungen abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

8 Angelegenheiten des Ausschusses für Kultur, Sport und Ehrenamt

8.1 Kulturförderung und Brauchtumspflege im Rahmen der Projektförderung
Vorlage: 020/2025

Ein Beratungsbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Die vom Kulturbirrat empfohlenen Beschlüsse werden umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

9 Angelegenheiten des Ausschusses für Umwelt und Mobilität

9.1 Bürgeranregung gemäß § 24 der GO NRW – Kreativgärten in Darup
Vorlage: 024/2025

Herr Kohaus weist auf die vertraglichen Pflichten hin, die bei Nichteinhaltung zu einer vorzeitigen Vertragskündigung führen können. Ratsherr Holtrup unterstreicht die ehrenamtliche Tätigkeit der Daruper Aktiven. Wegen des Ehrenamtes sei es nicht zumutbar, dass diese Personen auch noch Kosten für Gutachten übernehmen müssten. Ratsfrau Dr. Diekmann informiert, dass bereits Kontakt mit Herrn Wermeling bestehe, um in diesem Thema Abhilfe zu schaffen. Es bestehe ein Interesse, dass die Fläche für zwei weitere Jahre von den Daruper Aktiven bearbeitet werde. Der Bürgermeister weist auf die erforderliche Haftpflichtversicherung hin, die auch andere Vereine leisten müssten. Er erklärt, dass ein neuer Vertrag nur nach vorheriger Beratung geschlossen werde. Der bestehende Vertrag läuft demnach unverändert für zwei Jahre weiter. Nach diesem Zeitraum folgt eine Berichterstattung seitens der Aktiven im Umweltausschuss.

Beschluss:

Der Vertrag läuft unverändert weiter und in zwei Jahren wird die Gruppe in den Umweltausschuss eingeladen, um zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja 26 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

9.2	Vorstellung Entwurfsplanung für den Vorplatz bei Geiping in Appelhülsen
	Vorlage: 025/2025

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Es wird beschlossen, dass der vorgestellte Vorentwurf (Variante 2) die Grundlage für die weitere Planung darstellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

9.3	Buswartehäuschen Mauritz und Fahrradständer – Antrag BÜNDNIS 90-DIE GRÜNEN
	Vorlage: 022/2025

Der Bürgermeister weist auf die vorliegende und ergänzende Bürgeranregung zu diesem Tagesordnungspunkt hin.

Ratsfrau Dr. Diekmann schlägt vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlags mit der sehr hohen Kostenangabe für die Errichtung des Buswartehäuschens Mauritz zu streichen, da diese Maßnahme vielleicht auch günstiger umzusetzen sei. Der Bürgermeister erläutert, dass die Kosten sowohl den Tiefbau als auch den Grunderwerb beinhalten würden. Weiterhin handele es sich um ein freistehendes Buswartehäuschen. Eine kostengünstigere Überdachung an einer Hauswand sei nicht möglich. Insofern möchte der Bürgermeister den Beschlussvorschlag nicht ändern wollen und betont, dass stets nach der wirtschaftlichsten Lösung gesucht werde. Ratsherr Rulle weist auf mögliche Mehrkosten für die Prüfung der kostengünstigeren Alternative hin, die wegen der Verkehrssicherungspflicht wahrscheinlich eines Gutachtens bedarf. Ratsherr Gausebeck verweist auf die ergänzende Bürgeranregung, in dem der Bürger die Möglichkeit einer Umsetzung noch in diesem Jahr anstoßen möchte. Der Kämmerer gibt zu bedenken, dass Geldumschichtungen in dem eng gestrickten Haushalt trotz aller Einsparungen schwierig seien. Die angespannte Haus-

haltslage sei auch auf die Fremdkapitalfinanzierung zurückzuführen. Die umgeschichteten Finanzmittel würden am Ende des Jahres an anderer Stelle fehlen. Insofern empfiehlt er, die Planung im nächsten Jahr vorzusehen. Der Bürgermeister informiert über den Grunderwerb, der noch Zeit benötige. Gespräche mit dem Eigentümer seien noch nicht geführt worden. Ratsfrau Johann unterstreicht die Nachhaltigkeit beim Kauf gebrauchter Buswartehäuschen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im laufenden Jahr die Planungen des Baus eines Wartehäuschens und weiterer Fahrradständer an der Haltestelle „Mauritz“ (Fahrtrichtung Appelhülsen) vorzunehmen. Für die Umsetzung dieser Maßnahme werden 45.000€ in den Haushalt 2026 eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 1

einstimmig angenommen

9.4	Haltestelle historischer Ortskern
	Vorlage: 023/2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im laufenden Jahr die Planungen für den Bau eines Witterungsschutzes, taktiler Elemente (Barrierefreiheit) und die dauerhafte Installation von Fahrradständern an der Haltestelle „Historischer Ortskern“ (Fahrtrichtung Appelhülsen) vorzunehmen. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, einen Förderantrag für die Maßnahme zu stellen und, sofern möglich, einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu erwirken, so dass möglichst rasch mit der Umsetzung der Maßnahme begonnen werden kann. Wenn möglich, soll die Maßnahme noch im laufenden Jahr begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

9.5 Mobilstation P&R Beisenbusch
Vorlage: 027/2025

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

- 1) Für die geplante Mobilstation am P+R Beisenbusch soll erneut ein Förderantrag eingereicht werden.
- 2) Sofern ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn erwirkt werden kann, soll die Umsetzung umgehend begonnen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

9.6 Mobilität Geflüchtetenunterkünfte Baumberge – ÖPNV Anbindung
Vorlage: 028/2025

Der Bürgermeister informiert, dass Herr Dr. Muschwitz bereits Gespräche mit der RVM geführt habe. In diesem Austausch sei geklärt worden, dass mit dem heutigen positiven Beschluss die Planung der Stufe 1 als anfängliche Lösung vor Inbetriebnahme der Longinushöfe beginnen könne.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt eine ÖPNV Anbindung für die Geflüchtetenunterkünfte im Bereich Baumberge, wie im Sachverhalt dargestellt, einzurichten. Dabei soll stufenweise vorgegangen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**9.7 Radbügel Darup Mitte
Vorlage: 030/2025**

Beratungsbedarf besteht nicht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf dem Parkplatz Roruper/Coesfelder Str. in Darup sechs Radbügel (= 12 Stellplätze) zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

10 Angelegenheiten des Haupt- und Finanzausschusses
**10.1 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter der Feuerwehr Nottuln für das Stift Tilbeck
Vorlage: 010/2025**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung über den Einsatz der Drehleiter der Feuerwehr Nottuln für das Stift Tilbeck mit der Gemeinde Havixbeck nach beige-fügtem Muster abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**10.2 Bürgeranregung gem. §24 GO - Einführung einer Verpackungssteuer
Vorlage: 040/2025**

Eine Aussprache erfolgt nicht.

Beschluss:

Die Einführung einer Verpackungssteuer wird derzeit nicht verfolgt. Die Bürgeranregung wird abgelehnt. Das Thema wird in 2027 erneut dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

**10.3 Ermächtigungsübertragungen des Jahres 2024 in das Jahr 2025
Vorlage: 017/2025**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

Es werden Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 17.013.558,17 Euro gebildet. Die daraus resultierenden Änderungen in den Finanzplänen der Haushaltjahre 2025 bis 2028 werden in den Anlagen dargestellt und zur Kenntnis genommen. Der Ansatz für den Neubau der Unterkunft „Am Waldweg“ i. H. v. 2.881.978,04 € wird mit einem Sperrvermerk versehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

10.4 1. Stellenplanänderung 2025
Vorlage: 038/2025

Eine Beratung erfolgt nicht.

Beschluss:

1. Im Produktbereich 05 Soziale Leistungen werden 2 neue Vollzeitstellen in der Leistungssachbearbeitung nach EG 9c TVöD eingerichtet. Die vorhandenen 3 Stellen in der Leistungssachbearbeitung werden von EG 9a TVöD nach EG 9c TVöD angehoben.
2. Für die Betreuung und Unterstützung der Geflüchteten in den Unterkünften Marienhof und Baumberger Hof wird eine Sozialarbeiter:innen-Stelle in Vollzeit nach EG S12 TVöD und eine zusätzliche Hausmeisterstelle in Vollzeit nach EG 6 TVöD eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

einstimmig angenommen

10.5 Bürgschaft Genossenschaft Lerchenhorst eG
Vorlage: 042/2025

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Übernahme einer Ausfallbürgschaft gemäß anliegender Bürgschaftserklärung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 26 Nein 2 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

10.6 Perspektive Unterbringung von Geflüchteten

Vorlage: 046/2025

Der Bürgermeister erläutert die perspektivische Situation der Unterbringung von Geflüchteten. Er macht deutlich, dass sich die Gegebenheiten mit der Bereitstellung der Longinushöfe als Unterkünfte entscheidend geändert hätten. Damit seien die Möglichkeiten verknüpft, die Turnhalle Niederstockumer Weg und die Spartacus-Turnhalle nach Auslaufen des Mietvertrages als Unterkünfte aufzugeben. Diese neue Ausgangssituation sei auch gut für die Gemeinde, da die ÖPNV-Anbindung mit den Longinushöfen zu einer Ringbuslinie ausgebaut werden könne. Ebenso sei ein Vorwärtskommen beim Radwegeausbau Nottuln-Havixbeck erreichbar. Nunmehr bestehe die Notwendigkeit, die Planungen einer Zentralen Unterbringungseinheit (ZUE) für 500 Geflüchtete zu überdenken, insbesondere wegen der langen Bindungsfristen und der sich verändernden Zuweisungszahlen. Der Ratsbeschluss für eine ZUE sei im Dezember 2023 gefasst worden. Die jetzigen Umstände erforderten eine Prüfung dahingehend, ob eine ZUE überhaupt noch benötigt werde. Die Kommunikation mit der Bezirksregierung bewertet der Bürgermeister als gut. Die Entscheidung des Landes stehe aber noch aus. Weiterhin macht der Bürgermeister deutlich, dass die Beschlussvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt als Gesamtpaket der Orientierung diene.

Ratsherr Siehoff schlägt vor, zunächst den gefassten Beschluss für eine ZUE zurückzunehmen. Ratsherr Walter fühlt sich überrascht, da zunächst die ZUE als Heilmittel gepriesen worden sei und jetzt mit einem Fragezeichen versehen werde. Die Diskussion müsse im zuständigen Ausschuss erfolgen. Dieser Diskussionsbedarf wird vor dem Hintergrund einer langen Nutzungsdauer bei der ZUE-Ansiedlung auch von Ratsherrn Rulle angezeigt. Der Umsetzung einer kommunalen Unterkunft auf der ursprünglich geplanten ZUE-Fläche möchte er nicht zustimmen. Die weitere Beratung im Ausschuss wird aufgrund der langen Bindungsdauer ebenso von Ratsherrn Gausebeck favorisiert, der darauf hinweist, dass sich die ZUE-Fläche nicht für eine Wohnbebauung eigne. Ratsfrau Dr. Diekmann drückt ebenfalls ihre Verwunderung aus und unterstreicht den weiteren Beratungsbedarf. Der Bürgermeister regt an, den Realisierungsbeschluss für die kommunale Unterkunft aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen, wobei dem Projekt jedoch insgesamt eine Richtung gegeben werden sollte. Hinsichtlich der Wohnbebauung auf der ausgesuchten Fläche informiert der Bürgermeister, dass es um die Errichtung eines Übergangswohnheims gehe und nicht um Wohnungen. Ratsherr Van de Vyle unterstreicht das parallele Arbeiten an unterschiedlichen Projekten. Eine Entscheidung für die Umsetzung einer kommunalen Unterkunft möchte er heute nicht treffen. Ratsherr Danziger betont, dass er eine Umsetzung heute nicht mittragen könne, wohl aber die Planung. Des Weiteren sollte der Standort „Am Waldweg“ aufgegeben werden. Ratsherr Walter gibt den Hinweis, dass kein Zeitdruck erkennbar sei. Insofern könne der Beschlussvorschlag entsprechend geändert werden, um die Prüfung im zuständigen Ausschuss zu ermöglichen. Nach einer weiteren kurzen Aussprache bleibt der Beschluss vom 12. Dezember 2023 für die Prüfung der Ansiedlung einer ZUE bestehen, wobei die Verwaltung die Möglichkeit erhält, alternative Optionen für das Gelände zu prüfen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer kommunalen Unterkunft auf der Fläche der ursprünglich geplanten Zentralen Unterbringungseinrichtung prioritär voranzutreiben. Ein konkreter Baubeschluss ist gesondert herbeizuführen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 27 Nein 1 Enthaltung 0)

2. Die Verhandlungen mit dem Land NRW bezüglich der zentralen Unterbringungseinrichtung sollen parallel, dann mit geringerer Priorität, fortgeführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat oder dem HFA unverzüglich zu berichten, sollte sich eine kurzfristige Realisierungsmöglichkeit für die Landeseinrichtung ergeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0)

3. Der Beschluss über die geplante Unterkunft „Am Waldweg“ wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (Ja 21 Nein 5 Enthaltung 2)

11 Verschiedenes

Ratsherr Rulle weist auf die Stromkosten der Straßenbeleuchtung nach Umrüstung auf die LED-Technik hin. Er erkundigt sich nach dem Rückfluss der KAG-Fördermittel durch das Land. Der Bürgermeister informiert, dass die KAG-Beiträge 80 Prozent der Maßnahme betragen. Ratsherr Rulle hebt hervor, dass sich damit das Netto-Investitionsvolumen reduzieren werde.

Ratsfrau Kleinschmidt fragt nach der Fortführung des Kulturcontainers. Der Bürgermeister bestätigt die Weiternutzung mit der Einschränkung in den Wintermonaten aufgrund der fehlenden Beheizung.

Dr. Dietmar Thönnes
Bürgermeister
Vorsitzender

Elke Schulz
Schriftührerin